

Inhalt

I. Anspruch auf Beihilfe besteht auch bei fehlendem Nachweis des Krankenversicherungsschutzes	1
II. Aktuelle Rechtsprechung zum Bereich der Implantate	1
1. Einbringung eines provisorischen Implantats (Beschluss des VGH Baden-Württemberg vom 03.05.2012, 2 S 156/11)	2
2. Aufwendungen für Implantat getragenen Zahnersatz im zahnlosen Oberkiefer (Urteil des BVerwG vom 27.3.2012, 2 C 46.10)	2
III. Neues auf Rehmnetz	2
IV. Beamten-Blog	3

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München*

I. Anspruch auf Beihilfe besteht auch bei fehlendem Nachweis des Krankenversicherungsschutzes

Nach § 192 Abs. 3 des Versicherungsvertragsgesetz (VVG) ist seit 1. Januar 2009 jede Person mit Wohnsitz im Inland verpflichtet, bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen eine Krankheitskostenversicherung mit einem vorgegebenen Mindestleistungsstandard zu unterhalten, soweit der Krankenversicherungsschutz u.a. nicht bereits durch die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung sichergestellt ist oder ein Anspruch auf freie Heilfürsorge besteht. Bei Beihilfeberechtigten besteht die Verpflichtung zur Unterhaltung eines beihilfekonformen Krankenversicherungsschutzes.

Im Beihilferecht des Bundes und einiger Bundesländer wurde daraufhin der Anspruch auf Beihilfe an den Nachweis eines bestehenden Krankenversicherungsschutzes geknüpft (vgl. § 10 Abs. 2 BBhV).

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 19. Juli 2012, 5 C 1.12, entschieden, dass der vollständige Ausschluss des Beihilfeanspruchs im Land Berlin, der an den fehlenden Nachweis eines Krankenversicherungsschutzes anknüpft, unwirksam ist.

II. Aktuelle Rechtsprechung zum Bereich der Implantate

1. Einbringung eines provisorischen Implantats (Beschluss des VGH Baden-Württemberg vom 03.05.2012, 2 S 156/11)

Das Gericht hatte über die Frage zu entscheiden, ob ein provisorisches Implantat, das während der Ein-



Produktipp

Franz Werner Gansen

Disziplinarrecht in Bund und Ländern Kommentar



3391 Seiten
Loseblattwerk in 3 Ordnern
Stand 32. Aktualisierung April 2012
wird ca. 2 mal im Jahr aktualisiert

€ 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der "Gansen" informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinargesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

heilphase zur besseren und schonenderen Einheilung der endgültigen Implantate eingebracht wurde (Abstützung der vorhandenen Prothese ohne Druck auf die neuen Implantate), bei der Bewertung der Frage, ob eine Überschreitung der Höchstzahl der als beihilfefähig anzuerkennenden Implantate vorliegt, zu berücksichtigen ist. Das provisorische Implantat wurde vor der endgültigen Implantat-Versorgung wieder entfernt.

Der VGH Baden-Württemberg hat die Auffassung der ersten Instanz bestätigt, dass bzgl. einer möglichen Überschreitung der Höchstzahl der als beihilfefähig anzuerkennenden Implantate nur dauerhaft in den Kiefer eingebrachte Implantate zu berücksichtigen sind.

2. Aufwendungen für Implantat getragenen Zahnersatz im zahnlosen Oberkiefer (Urteil des BVerwG vom 27.3.2012, 2 C 46.10)

Zum Leistungskatalog des Beihilferechts des Bundes zählt die Versorgung eines zahnlosen Kiefers mit einem Implantat basierten Zahnersatz. Oftmals werden nicht erhaltungswürdige Zähne während der Einheilphase noch im Kiefer belassen und erst im Rahmen der endgültigen zahnprothetischen Versorgung entfernt. Damit stellt sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Bewertung, ob ein Kiefer zahnlos ist, durchzuführen ist.

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts ist es nicht entscheidungserheblich, dass zu Behandlungsbeginn in dem betroffenen Kiefer tatsächlich noch Zähne vorhanden waren, sondern es genügt zur Erfüllung der Voraussetzung „zahnloser Kiefer“, wenn die noch vorhandenen, aus medizinischen Gründen jedoch nicht erhaltungswürdigen Zähne im Laufe der Behandlung entfernt werden.

Wolfgang Weigel
Regierungsrat

III. Neues auf Rehmnetz

News:

[Feuerwehrbeamte bekommen eine Geldentschädigung für rechtswidrig abverlangten Bereitschaftsdienst](#)

[Ungleichbehandlung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe beim beamtenrechtlichen Familienzuschlag](#)



Produktipp

Erwin Schütz, Dr. Joachim Maiwald u.a.
Beamtenrecht des Bundes und der Länder - Kommentar - dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW, einschließlich Vorschriften-sammlung



10.148 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
Stand 125. Aktualisierung April 2012

€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe. Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen werden stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im Bund und in anderen Ländern angebracht und Abweichungen zum NRW LBG kommentiert.



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

IV. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Überlappungsämter](#)

[Tragen von Polizeiuniform außerhalb des Dienstes](#)

[Fürsorgepflicht – was ist das?](#)